

Geschäftsführer Sebastian Chwala

Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 27. Februar 2017

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 24.2.2017

„Marburger Linke“ fordert keine Abschiebungen nach Afghanistan - Opfer der Morde von Mechterstädt sollen gewürdigt werden - Jonathan Schwarz in Fahrgastbeirat gewählt

Auch im Februar 2017 stand der letzte Freitag des Monats wieder einmal im Zeichen der Marburger Stadtverordnetenversammlung. Ein Blick auf die Tagesordnung verriet allerdings, dass die aktuelle Sitzung des „Stadtparlaments“ diesmal eher wenig Kontroverses anzubieten hatte.

Dafür war am Vortag einiges passiert. Mehrere hundert Menschen hatten gegen die von Oberbürgermeister Thomas Spies geplanten Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich laut und deutlich demonstriert. Auf der folgenden Kundgebung kam es zu einem Eklat, als OB Dr. Spies den Veranstalter/innen drohte, seinen angekündigten Redebeitrag zurückzuziehen, wenn unsere Stadtverordnete Lise Kula, die als Rednerin für die Marburger Linke bereits zu sprechen begonnen hatte, ihre Rede beenden würde. Daraufhin wurde ihre Rede abgebrochen.

Das Verhalten von OB Dr. Spies empfinden wir als völlig inakzeptabel. Im Parlament spielte das Fehlverhalten nur am Rande eine Rolle, als der Ältestenrat einberufen werden musste, weil Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk ihre Funktion für eine parteipolitische Rede zur Haushaltsdiskussion nutzte, was ihr wiederum die Kritik von Bündnis90/Die Grünen und Marburger Linke einbrachte.

Die Auseinandersetzung um den städtischen Haushalt wird auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung stehen. Die Marburger Linke wird die Gelegenheit nutzen, um ihre Alternativen zu Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich deutlich zu machen.

Dennoch gibt es auch aus der letzten Stadtverordnetenversammlung Einiges zu berichten. So unterstützten SPD und Grüne die Dringlichkeit eines Antrags der „Marburger Linken“, der an das Land Hessen appelliert, die Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen. Zusätzlich sagte OB Spies zu, dass die Marburger Ausländerbehörde ihren maximalen Ermessensspielraum zugunsten der von Abschiebung Betroffenen ausnutzen werde. Eine Sichtweise, der sich die CDU, potenzieller Koalitionspartner der SPD, so gar nicht anschließen wollte und gegen die Dringlichkeit stimmte. Somit wird der Antrag erst frühestens im März beraten und beschlossen werden können.

Ein weiteres starkes Zeichen gegen den zunehmenden Rechtstrend in Deutschland ist der einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschluss, den 1920 von rechtsnationalen Marburger Studenten während des „Kapp-Putsches“ im thüringischen Mechterstädt ermordeten Arbeitern zu gedenken. Der von der SPD eingebrachte Antrag sieht die Errichtung eines Denkmals vor.

Auch diese Sitzung des Parlaments kam nicht ohne eine Debatte über die Zukunft des Autoverkehrs in der Stadt Marburg aus. Diesmal ging es um den Verkehrsversuch in der Nordstadt. Die FDP forderte dessen Ende und die Wiederherstellung des vorherigen Zustandes, insbesondere der zweispurigen Einbahnstraßenregelung in der Robert-Koch-Straße. Dieses Ansinnen lehnten wir im Einklang mit der großen Mehrheit des „Hauses“ ab. Stattdessen plädieren wir - wie in unserem Wahlprogramm versprochen - für die Fortsetzung der Neustrukturierung des Verkehrs im Nordviertel, an dessen Ende die Sperrung der Elisabethstraße für den Durchgangsverkehr stehen muss.

Nicht verschwiegen werden soll, dass letzten Freitag erstmals ein Mitglied der Fraktion der „Marburger Linke“ in den Fahrgastbeirat, gewählt wurde. Jonathan Schwarz wird sich von nun an im Namen der Marburger Linke für die Belange der Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs in Marburg stark machen.

Mit freundlichen Grüßen

Eure Fraktion der Marburger Linken

Jan Schalauske
Renate Bastian
Tanja Bauder-Wöhr
Roland Böhm
Henning Köster-Sollwedel
Elisabeth Kula
Jonathan Schwarz
Inge Sturm